

SPD - Vor Ort

Informationen der Abteilung 72, 76 und 77 der SPD Charlottenburg - Wilmersdorf
Nr. 30 für den Wahlkreis 4 Juni / Juli 2016

Thema: Sicherheit für Charlottenburg

Liebe Charlottenburgerinnen
und Charlottenburger,

im beginnenden Wahlkampf zu den Abgeordnetenhaus- und BVV-Wahlen am 18. September versucht die CDU, verstärkt das Thema "Sicherheit" zu spielen - obwohl gerade ihr Landesvorsitzender Frank Henkel als Innenminister keine besonders gute Figur macht. Zehn Jahre einer wirksamen, doch zugleich liberalen Innenpolitik unter dem SPD-Innenminister Ehrhart Körting von 2001 bis 2011 haben hier andere Maßstäbe gesetzt.

»Sicherheit« das heißt, dass man sich frei im öffentlichen Raum bewegen kann, dass die eigene Wohnung nur von denen betreten wird, die sie auch betreten sollen, dass man

keine Angst vor Gewalt, Diebstahl, Raub haben muss. Sicherheit heißt aber auch, dass man für die Zukunft planen kann und dass man für den Fall von Arbeitslosigkeit oder Krankheit abgesichert ist. Sicherheit ist also ein weites Feld, das uns aber immer ganz unmittelbar betrifft. Wenn sich dagegen Unsicherheit und Angst verbreiten, dann vergiften sie die Kommunikation, Toleranz, Hilfsbereitschaft und Solidarität nehmen ab und werden durch Fremdenfeindlichkeit, Rücksichtslosigkeit und



Frank Jahnke



Foto:
Angar
Salzwedel

Begehung der Wilmersdorfer-Straße mit
Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann und vielen anderen Akteuren

Hass ersetzt.

Weil Unsicherheitsgefühle durch Panikmache und durch die Medien, die starke Emotionen lieben, leicht verstärkt werden können, lassen sie sich politisch ausbeuten. Wer so etwas macht? Man höre einfach den diversen Vertretern der AfD zu. Keine Lüge, keine Behauptung erscheint ihnen zu dreist, solange sie nur ihren Zweck erfüllt. Nämlich den, Angst zu erzeugen und Vertrauen zu zerstören.

Die SPD dagegen nimmt sich des Themas Sicherheit an, weil uns eine demokratische und solidarische Gesellschaft vorschwebt, d. h. ein Mit-und Füreinander, in der niemand einfach zurückgelassen wird, nur weil ein paar Leuten Hautfarbe, Herkunft, Religion oder Geschlecht nicht passen. Die sozialdemokratische Sicherheitspolitik folgt daher nicht dem Prinzip der Panikmache, sondern dem der Rationalität. Es darf nicht darum gehen, Ängste zu schüren, um sie dann politisch auszubeuten, sondern es muss darum gehen, Unsicherheit abzubauen, Vertrauen und Solidarität zu schaffen. Um dies zu gewährleisten, hat die Berliner SPD dem Thema Sicherheit in ihrem aktuellen Wahlprogramm breiten Raum gegeben.

Sie verfolgt dabei ein strukturelles Sicherheitskonzept, d. h. ein Konzept, das innere und soziale Sicherheit zusammen denkt. Für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger kann man schon sehr viel tun, wenn man relevante Akteure zusammen bringt und Vernetzungen anregt. Außerdem muss es darum gehen, Durchsetzungslücken zu schließen. Statt einfach »härtere Gesetze« zu fordern, die erstens schnell über das Ziel hinauschießen und zweitens auch wirkungslos bleiben, wenn das Personal fehlt, werden wir daher die Personaldecke und Ausstattung sicherheitsre-

levanter Behörden wie Polizei, Ordnungsamt oder Feuerwehr verbessern. Kurz: Diebstahl und Wohnungseinbruch sind bereits verboten - es muss daher darum gehen, mehr vorzubeugen und besser aufzuklären

Wie so ein strukturelles Sicherheitskonzept ganz praktisch vor Ort funktionieren kann, zeigt mein kürzlich durchgeführter Stadtteiltag mit einer Begehung der Wilmersdorfer Straße. Gemeinsam mit der AG Wilmersdorfer Straße der Geschäftsleute, Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann, dem Bevollmächtigten der Deutschen Bahn, Alexander Kaczmarek, Vertretern von Polizei, BSR und der Organisation Fixpunkt, die Drogenabhängigen am Bahnhof Charlottenburg hilft. (vgl. Foto auf S. 1) Man sprach miteinander, lernte die anderen Perspektiven kennen, markierte Probleme und überlegte Lösungswege. Dafür ist kein neues Gesetz notwendig und kein theatralisches Wahlkampfgetöse, sondern praktische Politik vor Ort!

Ihr *Frank Jahnke*

(Wahlkreisabgeordneter)



Foto: Dierk Spreen

Frühjahrsputz der Abteilung 76 auf dem Savinyplatz mit Frank Jahnke, MdA, Bezirksstadtrat Marc Schulte und der BVV-Abgeordneten Evelyn Andres

Das Abbey Road Institute in Charlottenburg

Spätestens durch die Veröffentlichung der Beatles-LP "Abbey Road" im Herbst 1969 mit dem markanten Cover, das die Beatles auf dem Zebrastreifen vor ihrem Studio zeigt, wurde der Name "Abbey Road Studios" in aller Welt bekannt. Doch zu diesem Zeitpunkt bestanden die Studios bereits vierzig Jahre, nachdem die "Grammophone Company Limited" das stattliche Palais in London im Jahre 1929 erworben und zu einem Tonstudio umgebaut hatte. Hier wurden Orchesteraufnahmen des berühmten britischen Komponisten Edward Elgar ebenso durchgeführt wie später Aufnahmen des legendären amerikanischen Bandleaders Glenn Miller, und diverse Hits der fünfziger Jahre kamen von hier. Seit Juni 1962 nahmen die Beatles fast sämtliche ihrer Platten in den Abbey Road Studios auf, und es folgten weitere Pop-Legenden wie Pink Floyd, Alan Parson bis hin zu Robbie Williams.

Seit 2015 gibt es zusätzlich zur eigentlichen Studio-Arbeit auch das Abbey Road Institute, wo angehende Toningenieure eine professionelle Ausbildung erhalten. Das Abbey Road Institute London hat inzwischen Ableger in Paris, Amsterdam, Melbourne und Frankfurt. In Berlin startete es im Herbst 2015 am Salzufer 15 in Charlottenburg den ersten Kurs in „Music Production and Sound Engineering“. Barbara Skoda, eine aus Wien stammende Toningenieurin, ist zuständig für das Management der deutschen Standorte. Sie gab uns beim Unternehmensbesuch Einblick in die Welt der Musikproduktion.

Das Institut befindet sich in einer ehemaligen Seifenfabrik, d.h. ein Musterbeispiel für das Thema "Industriekultur", wo einstige Industriebauten in neue Nutzungen kommen. Der Umbau der



Foto:
Angar
Salzwedel

Institutsleiterin Barbara Skoda führt den Wahlkreisabgeordneten Frank Jahnke in die Benutzung des Mischpults ein.

einstigen Fabrik musste den Ansprüchen an die perfekte Akustik in den Aufnahmestudios gerecht werden, was eine komplette Sanierung von Wänden und Böden der Immobilie verlangte. Ein Konsortium aus Privatinvestoren und Universal Music hat die Investition von 1,2 Mio Euro dafür ermöglicht und das Institut als Franchisenehmer verpflichtet.

Die einjährige Ausbildung im Abbey Road Institute ist eng mit der Praxis verzahnt. Das Curriculum umfasst technische, musikalische und rechtliche Aspekte der Musikproduktion. Das private Institut greift dabei natürlich auf die mehr als 80jährige Erfahrung der Abbey Road Studios zurück. Die Anbindung an dieses bedeutsame Studio bringt nun preisgekrönte Techniker, wie zum Beispiel Peter Cobin (Beatles Anthology) und Steve Lillywhite (U2, Rolling Stones, Peter Gabriel) nach Berlin, wo sie ihr Wissen an angehende Musikproduzenten weitergeben. Studierende müssen daher nicht nur musikalisch vorgebildet, sondern natürlich auch des Englischen mächtig sein.

Antje Sandmann / Frank Jahnke

Verkehrssicherheit in Charlottenburg erhöhen – Jugendverkehrsschulen stärken

Ein wichtiges Ziel der SPD-Fraktionen in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf sowie im Abgeordnetenhaus ist die Senkung der Verkehrstoten und Verletzten im Straßenverkehr. Dazu hat auf Initiative der SPD der Senat ein Verkehrssicherheitsprogramm erarbeitet. Es enthält ein umfangreiches Bündel von Maßnahmen, von der baulichen Umgestaltung von Unfallschwerpunkten bis zur Anordnung von Tempo 30 - Abschnitten. Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Präventionsarbeit und Mobilitätserziehung. Hier spielen Jugendverkehrsschulen eine wichtige Rolle. Hauptaufgabe von Jugendverkehrsschulen ist ein betreutes Angebot rund um das Thema Radfahren sowohl für Schulklassen als auch in der Freizeit. Letztlich geht es auch um die Vermittlung der Straßenverkehrsordnung, das Gefühl für Gefahrensituationen im Verkehr zu erkennen, aber auch das Gebot der gegenseitige Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer (auch gegenüber Fußgängern).

Die Jugendverkehrsschulen wurden in den letzten Jahren in Berlin im Vergleich zu anderen Bundesländern vernachlässigt. Der Senat hatte die Zuständigkeit für die Jugendverkehrsschulen an die Bezirke abgegeben, ohne sie mit Personal- und Sachmitteln auszustatten. Die Qualität der Jugendverkehrsschulen ist seit dem sehr unterschiedlich, je nachdem, ob sich Ehrenamtliche zur Betreuung der Kinder finden. Während in Neukölln, durch das Engagement eines pensionierten Polizisten ein gutes Angebot gesichert werden konnte, mussten 4 von 27 Jugendverkehrsschulen schließen. In den meisten Jugendverkehrsschulen gibt es Instandhal-

tungsmängel, da jahrzehntelang nichts erneuert wurde. Die meisten Jugendverkehrsschulen halten sich nur über Wasser, da Teilnehmer aus Programmen des „Öffentlichen Beschäftigungssektor“ die Kinder und Schulklassen betreuen.



Foto: Frank Jahnke

Die Jugendverkehrsschule in der Loschmidtstraße

So auch in der Jugendverkehrsschule Loschmidtstraße 6-10, die im Vergleich zu anderen Jugendverkehrsschulen relativ gut ausgestattet ist. Die Jugendverkehrsschule hatte das Glück, besonders motivierte Betreuer zu gewinnen. Einige hatten sogar ein abgeschlossenes Hochschulstudium, bevor sie arbeitslos wurden. Leider gibt es eine starke Fluktuation, da die Helfer nur 1-2 Jahre gefördert werden und dann ausgetauscht werden müssen, gerade dann, wenn Sie sich pädagogisch eingearbeitet haben. Das Problem hat sich noch dadurch verschärft, dass die Jobcenter oft nicht rechtzeitig in der Lage sind beim Ablauf der Förderzeit weitere Nachfolger zu vermitteln. So mussten zeitweilig die Ehrenamtlichen einen Notbetrieb mit reduziertem Programm anbieten.

Zur Verbesserung der Qualität der Jugendverkehrsschulen in Charlottenburg-Wilmersdorf hat Stadtrat Marc Schulte (SPD) mit der Landesverkehrswacht Berlin einen Kooperationsvertrag abgeschlossen. Da vom Bezirk keinerlei Personal zur pädagogischen Betreuung der Arbeit der Jugendverkehrsschulen zur Verfügung steht, führt die Landesverkehrswacht für die betreuenden Akteure der Jugendverkehrsschulen Schulungsveranstaltungen durch. Als Lehrkräfte nehmen an diesen Veranstaltungen auch Experten der Unfallforschung, der Polizei (Unfallverhütung) und der Anwaltschaft eingeladen teil. Auch der BUND beteiligt sich an den Veranstaltungen im Rahmen seines Pilotprojektes „Mit dem Rad zur Schule“.

Die Landesverkehrswacht wirbt außerdem bei der Wirtschaft zweckgebundene Spenden für die Jugendverkehrsschulen ein, mit denen die Ausstattung der Jugendverkehrsschulen erneuert werden kann, sei es durch neue verkehrssichere Räder, durch Helme oder durch Lehrmaterialien zur Fahrradausbildung.

Gemeinsam haben Stadtrat Marc Schulte, die SPD BVV-Fraktion und die Landesverkehrswacht den Senat an seine Verantwortung zu erinnern, denn Verkehrserziehung ist eine gesamtstädtische Aufgabe. Es gibt bereits erste Zeichen der zuständigen Senatsverwaltungen (Schule, Inneres und Stadtentwicklung) zu einer Bereitschaft zum Umdenken.

Auf Initiative der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf haben wir die Jugendverkehrsschulen auch im neuen „Regierungsprogramm der Berliner SPD 2016-2021“ verankert, dass am 27. Mai 2016 beschlossen wurde. Dort heißt es im Abschnitt „Verkehrssicherheit erhöhen“:

„Wichtig ist uns die Präventionsarbeit der Jugendverkehrsschulen als gesamtstädtische Aufgabe. Wir setzen uns dafür ein, dass pädagogisch qualifiziertes Personal eingesetzt und der Instandsetzungsrückstand in den Jugendverkehrsschulen abgebaut wird.“

Dr. Jürgen Murach

Verkehrspolitischer Sprecher der SPD Fraktion in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf



Die AfA ist das Forum für engagierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Beamtinnen und Beamte, aus dem Berufsleben ausgeschiedene Mitglieder, Erwerbslose, aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Vertrauensleute, Jugendvertreterinnen und Jugendvertreter und Betriebs- und Personalräte in der SPD.

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen Charlottenburg - Wilmersdorf

Einladung

„Verteidigung und Wiederherstellung der Öffentlichen Daseinsvorsorge“

Am 14. Juni 2016, ab 18.00 Uhr

in der Goethe 15

mit

Frédéric Verrycken,

Kandidat für das Abgeordnetenhaus, Vorsitzender des Haushaltsausschusses

Anne Hansen,

Kandidatin für die BVV, stellvertretende Bezirksverordnetenvorsteherin

Kontakt: afa-cw@t-online.de; www.afacwblog.wordpress.com

Die AfD beruft sich zu Unrecht auf deutsche Tugenden

Man kann in der Tat darüber streiten, ob die Flüchtlingspolitik von Frau Merkel klug war. Da hatte die AfD einen schwachen Punkt von Frau Merkel gefunden und ausgenutzt. Über eines kann man aber nicht streiten, nämlich über unsere Grundwerte.

Die AfD verrät unsere Grundwerte, wenn sie auf eine Anti-Islam-Kampagne setzt. Die Religionsfreiheit ist nicht verhandelbar. Sie wird in Art.4 des Grundgesetzes und in Art.29 der Verfassung von Berlin garantiert. Das hat in Deutschland gute Tradition. Der berühmte Ausspruch des Preußenkönigs Friedrich II.: "Jeder soll nach seiner Fassung selig werden." ist heute noch richtig. Der Staat hat sich in Glaubensfragen heraus zu halten. Ob eine Religion "richtig" oder "falsch" ist, entscheiden nur ihre Angehörigen.

Innerhalb unserer Grundwerte kann sich jede Religion, auch die der Muslime, frei entfalten. Natürlich hat auch die Religionsfreiheit Grenzen. Die für alle geltenden Gesetze sind auch von den Religionsgemeinschaften einzuhalten. Das gilt für die Gleichberechtigung von Mann und Frau ebenso wie für den Bau von Gotteshäusern, und besonders für Toleranz gegenüber Andersgläubigen.

Religiöser Hass widerspricht dem Geist der Verfassung, heisst es in Art.29 Absatz 2 der Verfassung von Berlin. Extremistische Organisationen können sich auf Religionsfreiheit nicht berufen. Die Bundesinnenminister haben im Laufe der Jahre eine ganze Reihe derartiger Organisationen verboten. Prediger, die Hass predigen, verstoßen gegen Grundwerte unserer Gesellschaft und werden zu Recht von staatlichen Behörden beobachtet und müssen auch persönliche Konsequenzen spüren. Wir haben die Möglichkeit, sie auszuweisen, wenn sie keine deutschen Staatsangehörigen sind. Wir verwei-

gern ihnen die Einbürgerung und können sie sogar nachträglich, wenn sie in Unkenntnis ihrer extremistischen Einstellungen eingebürgert wurden, nach der Rechtsprechung wieder ausbürgert. Alles das passiert in Deutschland schon. Dazu braucht man die AfD nicht.

Die AfD will aber mit ihrer Kampagne nicht nur gegen die kleine Minderheit der Extremisten vorgehen, sondern alle Muslime in einen Topf werfen, den iranischen Arzt im Krankenhaus, die Krankenpflegerin im Pflegeheim aus Indonesien, den türkischstämmigen Gemüsehändler um die Ecke ebenso wie den aus Syrien stammenden Bauingenieur. Sie alle, die friedlich mit uns in Berlin zusammenleben, stellt die AfD mit ihrer Anti-Islam-Kampagne unter Generalverdacht.



Dr. Ehrhart Körting, Innensenator a.D. im Gespräch

Unsere preußischen Vorfahren, und ich sage einmal ganz bewusst: preußischen Vorfahren, würden sich im Grabe umdrehen, wenn sie miterleben würden, was die AfD in ihrer Kampagne gegen deutsche Werte und Traditionen vertritt.

Dr. Ehrhart Körting

Wie antworten wir auf die AfD?

Ende vergangenen Monats an unserem Stand in der Pestalozzistraße: Regnerisch, Stimmung durchwachsen; Interesse schwach, vielleicht lag es am Wetter. Plötzlich ein „Highlight“: Zwei Frauen mittleren Alters kommen zu uns und sagen, früher hätten sie die SPD gewählt, die Zeiten seien endgültig vorbei, jetzt würden sie ihr Kreuz bei der AfD machen. Auf unsere Frage warum, antwortet die eine: „Hauptsächlich wegen der Flüchtlinge“. Wie könne es denn sein, dass so viele junge Männer aus Syrien nach Deutschland kommen, statt ihr Land zu verteidigen.

Die Begründung, oft gehört, signalisiert schockierende Unwissenheit. Vielleicht deshalb stellen wir nicht umgehend die Gegenfrage: „Auf welcher Seite sollen die jungen Männer in Syrien denn kämpfen? Auf der Seite Assads, der ihnen ihre Stadtviertel mit Benzinbomben zerstört, auf der Seite der Al – Nusra – Front, die Teil von Al – Qaida ist oder gar auf der Seite des IS, dessen Greuel ja inzwischen weltbekannt sind?“ Die Antwort der Frau: „Na ja, Sie haben ihre Ansicht, ich meine. Ich will hier nicht so viele Flüchtlinge. Früher hatten wir auch welche, aber das waren Deutsche!“

Ein Monster.

Da haben wir's! „Das waren Deutsche“, also keine Fremden. Eine Einzelmeinung? Umfragen, die ja nicht immer falsch liegen, belegen ein Potenzial von über 20% von Wählerinnen und Wählern, die ein entsprechendes Weltbild haben. Das macht die Flüchtlingsfrage so brisant. Ursprünglich als „Anti – Europartei“ gegründet, sagt die AfD jetzt: „Wenn es die Flüchtlingsfrage nicht gäbe, dann müssten wir sie erfinden.“ So Alexander Gauland, einer der Chef – Populisten der AfD, die das Ex-Mitglied Olaf Henkel inzwischen „ein Monster“ nennt.

Dieses Monster sitzt mittlerweile nicht nur in sechs Länderparlamenten unseres Landes, sondern es hebt den Kopf auch in mehreren Staaten Europas, in einigen ist es an der Regierung beteiligt, in anderen – wie in Polen und Ungarn – bestimmt es sie allein und gestaltet die Verfassungen um. Dabei ist die Richtung klar: Keine Fremden, weniger Sozialstaat und Umweltschutz, Abbau von Befugnissen von Instanzen der Korrektur politischer Entscheidungen, Änderung von Wahlgesetzen zur Zementierung der eigenen Macht. Zu alledem applaudiert die AfD, eine Partei, die – wie sie in ihrem Grundsatzprogramm schreibt – dem demokratischen Rechtsstaat verpflichtet ist?“

Wie kommen wir dem Monster bei?

In zahlreichen Papieren heißt es, wir sollten die AfD nicht dämonisieren, sondern uns inhaltlich mit ihr auseinandersetzen, sie in die Sachdiskussion „hineinzwängen“. Die AfD sei, wie alle rechtspopulis-

tischen Gruppierungen, eine Partei der „schlechten Laune“.

Das ist eine Verharmlosung. Launen haben mit Gefühlen zu tun. Es geht hier nicht um Launen, sondern um Wut, Enttäuschung und Angst, ja um Hass, Gefühle, die mächtig sind und schon oft in die Katastrophe geführt haben. Menschen, wie jene Frau oben, die sagen: „Sie haben Ihre Meinung, ich meine“, sind festgelegt und vernünftiger Argumentation nicht mehr zugänglich. Unsere Chance an den Ständen besteht darin, in der Auseinandersetzung mit jenen Wutbürgern diejenigen zu erreichen, die darum herum stehen, nicht festgelegt sind aber gleichwohl mit dem Gedanken spielen, bei der Wahl zu Hause zu bleiben oder das Kreuz bei der AfD zu machen, um uns mal so richtig zu ärgern, damit wir „aufwachen“. Wir müssen den Wutbürgern und ihren Ideologen die gesellschaftliche Grundlage entziehen. Dazu aber gehören Sachkenntnis und Einfühlungsvermögen. Sonst wachen wir am Tage nach künftigen Wahlen wirklich auf – in einer anderen Welt.

Aus der Philosophie kennen wir den Grundsatz: Wer einen gefährlichen Gegner überwinden will, muss diesen kennen.

Dazu gehört auch die Selbsterkenntnis, also die Antwort auf die Frage, welche Lücken die Parteien der Großen Koalitionen 2005 und 2013 an den politischen Rändern verursacht haben, in welche die AfD eingedrückt ist. Merkel in ihrem untrüglichen Machtinstinkt hat die Koordinaten ihrer Partei nach links verschoben, aber die SPD ist darauf eingegangen in der Hoffnung, davon profitieren zu können, was in Form des Mindestlohns und der Rente mit 63 bei 45 Beitragsjahren ja auch gelungen ist. Dabei ist jedoch in der parlamentarischen Mitte eine Uniformität entstanden, die eine Unterscheidbarkeit der beiden großen Parteien für den Bürger, der nicht gerade politischer Experte ist, nicht mehr zuließ. Just in dieser durch das Unwort „alternativlos“ gekennzeichneten Periode tritt jetzt eine Partei auf, die sich „Alternative für Deutschland“ nennt. Welch eine bittere Ironie! Österreich läßt grüßen!

Folge: In mehreren Ländern – wie z. B. in Berlin - hat eine „Große Koalition“ keine Mehrheit mehr. Der Bund ist davon nicht mehr weit entfernt. Wir werden es mit Dreier-, möglicherweise mit Viererkoalitionen zu tun haben. Daneben steht dann immer die AfD, die „es schon immer gewusst hat“. Dabei stört es sie nicht, widersprüchliche Forderungen in ihr Programm aufzunehmen: Einerseits eine total neoliberale Steuerpolitik, andererseits die Sorge um das Wohlergehen des „kleinen“ Mannes. Aber Widersprüchlichkeit hat Populisten noch nie gestört. Sie ist bei ihnen kein korri-

gierbarer Fehler, sondern ihr Wesen.

Wie können wir ein weiteres Wachsen der AfD verhindern? Was ist zu tun?

Wir sollten die AfD so sehen, wie sie ist: als eine Partei, die ein Reizthema nach dem anderen aufgreift. Nach dem Euro kam die Flüchtlingskrise, jetzt ist es der Islam, der nicht zu Deutschland gehöre. Zur Frage, welcher Islam gemeint ist, kein Wort.

Deshalb müssen wir der AfD die Gretchenfrage stellen: Wie haltet ihr es mit der Religionsfreiheit? Wen meint ihr mit „dem Islam“?

In der Arbeitsmarktpolitik dürfen wir nicht nur über die Rückgewinnung des Vertrauens ehemaliger Wähler reden, sondern wir müssen endlich alle Fehler korrigieren, unter denen die Menschen seit 2003 bis auf den heutigen Tag leiden.

Soweit wir bei der Integration von den Flüchtlingen den Erwerb deutscher Sprachkenntnisse fordern, müssen wir auch dafür sorgen, dass genügend Sprachkurse angeboten werden. Es ist auch wenig sinnvoll, Flüchtlinge dort anzusiedeln, wo es zwar (leerstehende) Wohnungen gibt, aber keine Arbeit, von funktionierender Infrastruktur zu schweigen. Entwickeln wir Konzepte, es geht, Kommunen und die Zivilgesellschaft in unserem Land werden helfen.

Ziehen wir endlich die Konsequenz aus der Tatsache der Demographie. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Nicht nur ein Gesetz muss her, sondern auch ein eigenes Bundesministerium für Migration und Integration (BMI). Schon vor seiner Existenz hat es den Rang des Umweltministeriums längst erreicht.

Helmut Kynast

Das Bürgerbüro
des Abgeordneten
Frank Jahnke
Goethe15 (10625
Berlin, Goethestr.
15) ist geöffnet:
**montags bis freitags
14-17 Uhr.**

**Goethe
fünfzehn 15**

Telefonisch ist das Bürgerbüro während der Öffnungszeiten unter 030/3138882 zu erreichen oder per E-Mail unter der Adresse wahlkreis@frank-jahnke.de.

SPD-Vor Ort:

Herausgeber: Frank Jahnke; Mda;

Abt 72, 76 und 77 der SPD Charlottenburg;
Joachim Wagner, Gotthard Krupp; Birgit Brüns

V.i.S.d.P.: Frank Jahnke; Goethestr. 15; 10623 Berlin

Wussten Sie schon? An dieser Stelle möchte ich über Straßen und ihre Namensgebung informieren: Heute: Grolmanstraße

Sie beginnt am Kurfürstendamm/Uhlandstraße, führt am Savignyplatz vorbei, überquert die Kantstraße und endet an der Goethestraße. Bereits vor 1874 erhielt sie den Namen Karl Wilhelm Georg von Grolman geb. 30.07.1777 in Berlin, gest. 15.09.1843 in Posen. Er war preußischer General und zeitweilig Mitarbeiter Scharnhorsts bei der Neueinrichtung des preußischen Heeres.

Auf der Karte von 1874 war sie namentlich von der Bismarckstraße bis zum Savignyplatz eingezeichnet. Um 1884 wurde ihre Verlängerung bis zum Kurfürstendamm ebenso benannt. Ein Abschnitt der Grolmanstraße zwischen Schiller- und Bismarckstraße wurde am 1.07.1967 in Am Schillertheater umbenannt.

In Nr. 46-47 befindet sich das Kneipen-Restaurant „Diener“

Stolpersteine befinden sich vor folgenden Häusern:

Nr. 28 für Hugo **Berendt** geboren 1892 deportiert 10.09.1943 ermordet in Auschwitz

Nr. 34/35 für

Sally **Cohn** geboren 1875 deportiert 28.05.1943 nach Theresienstadt und am 29.08.1943 ermordet

Rosa **Cohn** geb. Kleinmann geboren 1876 deportiert 28.05.1943 nach Theresienstadt 1944 in Auschwitz ermordet

Felix **Jacobsohn** geboren 1882 deportiert 18.10.1941 nach Lodz / Litzmannstadt ermordet 18.03.1942

Nr. 51 für Theodor **Gollop** geboren 1884 deportiert 17.11.1941 Kowno Fort IX ermordet 25.11.1941

Erna **Gollop** geb. Danziger geboren 1889 deportiert 17.11.1941 Kowno Fort IX ermordet 25.11.1941

Stefanie **Gollop** geboren 1911 deportiert 17.11.1941 Kowno Fort IX ermordet 25.11.1941

Nr. 53 für Sarah **Mannheim** geboren 1870 deportiert 17.08.1942 nach Theresienstadt deportiert 17.08.1942 nach Theresienstadt ermordet 26.09.1942